

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 990. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 269 B

BERLIN • Dienstag, den 15. November 1932

1. JAHRGANG

Papen vor dem Fall.

Ultimatum an die Regierungen für die Sicherung des Friedens!

Von W. Schevenels,

Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

In einer seiner kürzlich gehaltenen Reden sagte der französische Ministerpräsident Herriot, daß er sich, wenn Deutschland aufrüste, nur rechtlicher Mittel bedienen und sich an den Permanenten Internationalen Schiedsgerichtshof wenden werde. Herriot sprach dabei als der Leiter einer Regierung, die durch den Willen einer erdrückenden Mehrheit friedliebender demokratischer und sogar sozialistischer Wähler ans Ruder gekommen ist, die im Juli dieses Jahres eine erreaktionäre Regierung zu Fall brachten. Man fragt sich mit Besorgnis, wie eine reaktionäre und nationalistische französische Regierung geantwortet hätte! —

Sind wir schon wieder so weit, daß der Friede von einem zufällig vorhandenen Ministerpräsidenten abhängt? Dann ist es allerdings höchste Zeit, daß die Arbeiterbewegung alle Kräfte mobil macht, um alle Regierungen — bevor es zu spät ist! — zur Sicherung eines wahrhaften Friedens zu zwingen.

Die erste Konferenzperiode der allgemeinen Abrüstungskonferenz ist abgeschlossen worden, ohne daß ein positives Resultat erreicht worden ist. Das Büro und die Generalkommission sind beauftragt worden, den Zeitabschnitt zwischen der ersten und der zweiten Konferenzperiode dazu zu benutzen, um auf diplomatischem Wege die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die einem erfolgreichen Abschluß der ersten Periode entgegenstanden. Zu wiederholten Malen hat der Internationale Gewerkschaftsbund bereits auf die abwartende Haltung und die Sabotage gewisser Regierungen aufmerksam gemacht, die immer und überall ausschließlich darauf aus sind, irgendwelche einem wahrhaften Frieden günstige Lösungen des Problems unmöglich zu machen. Desgleichen ist nicht versäumt worden, auf die Interesslosigkeit hinzuweisen, die ein großer Teil der öffentlichen Meinung gegenüber dem offensichtlichen schlechten Willen der Regierungen auf dem Gebiete der Abrüstung bekundet.

Insbesondere ist die Arbeiterklasse aufgefordert worden, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um die Regierungen zu einer den Interessen des Friedens und der Menschheit angemesseneren Haltung zu zwingen.

In allen Ländern ist inzwischen eine energische Kampagne zu Gunsten des Vorschlages von Hoover über eine allgemeine Kürzung der Rüstungen um ein Drittel geführt worden. Wenn auch damit nur eine Teillösung erzielt wäre, so würde sie doch immerhin einem positiven Resultat gleichkommen. Diese Kampagne ist nicht ohne Erfolg geblieben. Der Widerstand verschiedener Regierungen gegen eine tatsächliche Herabsetzung der Rüstungen ist gebrochen worden. In dieser Hinsicht liegen die Dinge zur Zeit günstiger, andererseits muß allerdings gesagt werden, daß gerade in letzter Zeit ein neuer diplomatischer Konflikt die Schwierigkeiten auf ein anderes Gebiet verlagert hat und die Gefahr mit sich bringt, daß diese günstige Wendung wieder zu nichts gemacht wird.

Es gibt jedoch noch eine andere Seite der Wirksamkeit der Abrüstungskonferenz, der unsere ganze Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Schon vor vielen Jahren hat die internationale Gewerkschaftsbewegung größten Nachdruck darauf gelegt, daß die Abrüstung nur dann in systematischer Weise herbeigeführt werden kann, wenn für eine scharfe nationale und internationale Kontrolle der Kriegsmaterialherstellung gesorgt wird.

Schon zu Beginn der Abrüstungskonferenz haben wir mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die Arbeiterklasse von dieser Konferenz die volle Erfüllung ihrer Wünsche und Hoffnungen nicht erwarten kann und soll. Hingegen forderten wir, daß als erste dringliche Maßnahme im Interesse der ernsthaften Sicherung des Friedens eine allgemeine und beträchtliche Herabsetzung der Rüstungen, das Verbot der privaten Kriegsmaterialherstellung und insbesondere eine strenge Kontrolle der Kriegsmaterialherstellung und des Kriegsmaterialtransports erzielt werden müssen.

Obwohl die Abrüstungskonferenz seit Ende Juli nicht mehr tagt, sind gewisse Arbeiten von ihrer Generalkommission und den Unterkommissionen fortgesetzt worden. Eines dieser Komitees beschäftigt sich mit dem Problem der Kontrolle der Waffenherstellung und des Waffenhandels.

Hk. Papen, der Politiker aus dem Glauben, hat sich in dem naiven Glauben, zu dem er sich nach dem 6. November bekannt hat, getäuscht gesehen: er glaubte damals, durch freundliches Zureden eine Reihe von Parteien zur mehr oder weniger blinden, gläubigen und passiven Gefolgschaft gewinnen zu können. Dieser Glaube ist zunächst von dem andersgläubigen Hitler schwer enttäuscht worden. Der „Angriff“ hat auf Papens Anbiederungsversuch geantwortet: „Kommt nicht in Frage. Herr von Papen soll sein in Angriff genommenes politisches und wirtschaftliches Programm gefälligst selbst durchführen, damit, wenn sein Zusammenbruch in einigen Wochen vor der ganzen Welt offenbar wird, die Nation auch weiß, wer daran die Schuld trägt und an wen sie sich deshalb zu halten hat.“

Damit ist es ausgeschlossen, daß Papen im Reichstag eine Stütze findet. Ebenso steht es im Reichsrat, wie die Sonnabend Sitzung der Ausschüsse gezeigt hat.

Es bleibt dem gläubigen Herrn und seinen Kollegen also nur die Wahl, den Kurs von der bisherigen sturen Diktatur, die in den Massen keine Stütze findet, gründlich abzudrehen; oder eine neue, diesmal verzweifelte Husarenattacke gegen die letzten Reste verfassungsmäßiger Institutionen zu wagen.

In der Sitzung der Reichsratsausschüsse hat Ministerpräsident H. v. Papen von G. v. Papen gefragt, ob die

hauptung, der Reichstag solle noch vor seinem Zusammenritt aufgelöst werden, zuträfe. Herr von G. v. Papen hat diese Frage nicht verneint, sondern geantwortet, daß es sich um Kombinationen handle und daß ihm von derartigen Plänen nichts bekannt sei.

Schleicher schweigt und ist von Gerüchten umgeben. Steht ihm wirklich die „Tägliche Rundschau“ noch nahe? Dann hat ihre Äußerung von der kleinen, nur am Besitz interessierten Schicht, die sich zwischen Volk und Reichspräsidenten schiebe, besonderes Interesse. Diese Äußerung spricht für die Realität der Pläne, unter Führung von Schleicher eine Regierung mit einer Massenbasis zu schaffen. Mitglieder der herrschenden Klasse, die nicht nur von Pferderennen und Husarenattacken etwas verstehen, haben längst begriffen, daß sie solche Massenbasis brauchen, um zu verhindern, daß die gequälten Volksmassen explodieren. Freilich handelt es sich dabei um einen bloßen Betrug, wie dies z. B. deutlich aus den „Deutschen Führerbriefen“ der Industriekapitäne hervorgeht. Aber immerhin: ohne den kann sich ein Führer der herrschenden Klasse nicht mehr halten.

Für die Arbeiterschaft ist das einschneidendste Merkmal der politischen Situation dies: daß bei all diesen Kombinationen die Arbeiterschaft als selbständige Macht nicht erwähnt wird. Leider ist sie auch keine selbständige Macht, solange es um die Einheitsfront nicht besser steht als jetzt.

Trauerfeiern im Schatten von Kanonen.

Provokatorisches Vorgehen der Schweizer Regierung.

Mobilisierung von Infanterie, Kavallerie und Maschinengewehr-Kompagnien, Erklärung der Militärgerichtsbarkeit, Verordnungen, daß die Soldaten und Polizisten sofort, ohne vorherige Warnung, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen hätten, wenn sie in ihrer Bewegungsfreiheit (!) behindert würden oder wenn verhaftete Personen Fluchtversuche machten, Ausweisung ausländischer Kommunisten aus der Schweiz oder nicht zum Kanton Genf gehöriger aus diesem Kanton, — das sind nur einige Maßnahmen, die die Schweizer Bundesregierung ergriffen hat als Antwort auf Demonstrationen der linken Arbeiterschaft, die infolge des sinnlosen Eingreifens des Militärs zur Niedermetzlung von 12 Personen geführt haben. So von Waffen und Paragraphen der kapitalistischen Regierung auf Schritt und Tritt verfolgt, hat die Genfer Arbeiterschaft am Sonnabend die getöteten Genossen begraben.

Das provokatorische Auftreten des Militärs während der Begräbnisfeierlichkeiten ließ fast die Vermutung aufkommen, als sollten gewaltsam neue blutige Zwischenfälle heraufbeschoren werden: Während die Arbeiter in geschlossenem Zuge in völliger Ruhe und Ordnung an den Opfern vorbeimarschierten, kam in einem Fall plötzlich ein Lastauto mit Soldaten, die Stahlhelme und schußbereite Gewehre trugen, vorbei, das gerade in diesem Augenblick und auf diesem Wege zum Gefängnis fuhr und so die Kundgebung der Arbeiter störte. Ähnliches ereignete sich in einem zweiten Fall: Wieder wurde der Trauerzug der Arbeiter auseinandergetrieben, diesmal von einem Trupp Soldaten, der sich durch Kolbenstöße einen Weg durch die Menge bahnte. Als die Arbeiter vor der Kaserne demonstrierten, hoben die Soldaten die Fenster aus, um die Arbeiter besser beobachten zu können. Ohne daß die Arbeiter sich etwas anderes als den Gesang der „Internationale“ zuschulden kommen ließen, ging die Polizei plötzlich mit einer Wasserspritze gegen sie vor und trieb sie mit Gummiknüppel auseinander.

Einige der mobilisierten Milizsoldaten beteiligten sich nicht an diesem wüsten Vorgehen: zum Beispiel als die Menge beim Gesang der „Internationale“ an dem Platz vorbeizog, an dem die Schießerei stattgefunden hat, fielen die dort postierten Soldaten in den Gesang ein. Wegen derartiger „Vergehen“ sind 22 Soldaten dem Militärgericht übergeben

worden und haben sehr scharfe Strafen zu erwarten. Um die Wiederholung solcher Vorfälle zu vermeiden, werden jetzt nur noch ortsfremde Truppen gegen die Arbeiter eingesetzt, zum Teil solche, die nicht französisch, sondern deutsch sprechen.

Die Regierung hat weitere Verhaftungen von Arbeiterführern vornehmen lassen, darunter Isaac, der zusammen mit Nicole sofort nach Bern überführt werden soll, wenn vor dem Genfer Gefängnis irgend welche Demonstrationen stattfinden sollten. Beide werden nicht als politische Gefangene behandelt, sondern wie gemeine Verbrecher, und werden auch demnach abgeurteilt werden. Obwohl die Verhaftung von Nicole erfolgt ist, bevor das Militärrecht galt, wird er nicht nach dem Genfer Strafgesetzbuch verurteilt werden, sondern nach dem weit schärferen allgemeinen Schweizer Strafgesetzbuch.

Um sich des sozialdemokratischen Führers Dicker entledigen zu können, der zwar naturalisierter Schweizer, aber von Geburt Russe ist, beabsichtigt die Regierung, ein Gesetz einzubringen, das den Behörden ermöglicht, einem Bürger, der sich der Schweizer Staatszugehörigkeit als unwürdig erwiesen hat, die Einbürgerung zu entziehen.

Mit bespödischer Schärfe gehen die Behörden gegen die Kommunisten vor. 22 Kommunisten wurden verhaftet und viele Haussuchungen vorgenommen. Die Regierung versucht, Pläne ans Tageslicht zu befördern, nach denen die Zwischenfälle vom 9. November von Moskau aus organisiert worden seien — eine schon recht abgebrauchte Methode der Kommunistenhetze!

In Basel wurde eine kommunistische Kundgebung verboten. In Zürich fand am Sonnabendabend eine kommunistische Kundgebung statt, an der etwa 1500 Personen teilnahmen. Die Sozialdemokraten, die in Zürich nicht so radikal sind wie in Genf, haben ihre Mitglieder beauftragt, sich an keiner Aktion ohne ausdrückliche Genehmigung der Gewerkschaften zu beteiligen.

Es ist jetzt nötiger denn je, daß die Einheitsfront, die in diesen Tagen in Genf bestanden hat, nicht zusammenbricht, sondern sich weiter ausdehnt, damit die Regierung sieht, daß die Verhaftung einiger Arbeiterführer nicht hinreicht, die Kampffront der Arbeiter zu zerstören.

Das Völkerbundesstatut enthält formelle Verpflichtungen über diese Kontrolle. Artikel 8 lautet: „Mit Rücksicht auf die schweren Bedenken, denen die private Herstellung von Munition oder Kriegsgüter begegnet, beauftragen die Bundesmitglieder den Rat, Mittel gegen die daraus entspringenden Folgen ins Auge zu fassen, und zwar unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Länder, die nicht in der Lage

sind, selbst die für ihre Sicherheit erforderlichen Mengen an Schießbedarf und Kriegsgüter herzustellen.“ In Artikel 23 § 4 heißt es weiter: „Die Bundesmitglieder betrauen den Völkerbund mit der allgemeinen Ueberwachung des Waffen- und Munitionshandels mit den Ländern, bei denen die Ueberwachung dieses Handels im allgemeinen Interesse unumgänglich ist.“ In Ausführung dieses Auftrages stellten die

Bevollmächtigten der in St. Germain-en-Laye im Jahre 1919 vertretenen Staaten eine Konvention auf, die das Ziel verfolgte: a) Die Einfuhr von Waffen in bestimmte, von rückständigen Völkern bewohnte Gebiete zu verhindern, es sei denn, daß sie unter der striktesten Kontrolle erfolgt; b) durch ein Lizenzsystem eine allgemeine Offenlegung des internationalen Waffenhandels zu sichern.

Die Konvention ist nie ratifiziert worden. Desgleichen muß festgestellt werden, daß der Völkerbund in der Zeit bis zum Jahre 1932 im Verzug geblieben ist und nicht in der Lage war, die ihm durch den Völkerbundspakt übertragene Aufgabe durchzuführen.

Es wäre sehr interessant aufzuzeigen, welche Anstrengungen im Laufe vieler Jahre unternommen wurden, um einen Anfang zu machen mit der Durchführung der von den Hohen Vertragsschließenden Parteien im Jahre 1919 gemachten feierlichen Versprechungen. Belläufig soll wenigstens auf die wichtige Rolle hingewiesen werden, die in den ersten Nachkriegsjahren die Arbeitergruppe in der provisorischen gemischten Abrüstungskommission spielte. In dieser im Jahre 1920 von der ersten Völkerbundversammlung ortsrichteten Kommission war die internationale Arbeiterbewegung offiziell durch die Genossen Jouhaux, Oudegeest und Thorberg vertreten. Unter dem Druck dieser Arbeiterdelegierten leistete die Kommission trotz der Widerstände der Generale und Rüstungsinteressenten nützliche Vorarbeit bei der Behandlung des ihr von der Arbeitergruppe unterbreiteten Entwurfs einer Konvention über die Kontrolle des Waffenhandels und der Waffenherstellung.

Alle Welt weiß, daß diese Herren der hohen Diplomatie die Einmischung der Arbeiterdelegierten in die internationalen politischen Angelegenheiten nicht gerne sehen. Die Einsetzung der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz im Jahre 1925 war deshalb eine günstige Gelegenheit, sich dieser Einmischung zu entledigen. Die provisorische gemischte Kommission — und mit ihr der Konventionsentwurf der Arbeiterschaft — wurde beseitigt, und in der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz war die Arbeiterklasse nicht mehr offiziell vertreten. Immerhin konnte die Diplomatie nicht verhindern, daß in dieser vorbereitenden Kommission sowie in der allgemeinen Konferenz selber die Arbeitervertreter wieder auftauchten,

und zwar diesmal in ihrer Eigenschaft als Regierungssachverständige.

Auf diese Weise nahm in der Kommission, die sich mit der Kontrolle der Waffenherstellung und des Waffenhandels zu befassen hat, Jouhaux als Vertreter der französischen Regierung wieder seinen Platz ein. Als Verfasser des ersten Konventionsentwurfes über den Waffenhandel verteidigte Jouhaux mit größter Sachkenntnis die Ziele, für die er sich schon in der provisorischen gemischten Kommission eingesetzt hatte. In unerbittlicher Weise nahm er den Kampf gegen die Rüstungsindustrie wieder auf.

Die Konvention des Jahres 1925 über die Kontrolle des Waffenhandels und der Konventionsentwurf des Jahres 1929 über die Kontrolle der privaten Rüstungsherstellung dienten der neuerlichen Diskussion in Genf als Grundlage. Von allem Anfang an hat Jouhaux bei der Eröffnung der Debatte erklärt, daß er die besagten Konventionen als unvollständig und zu wenig weitgehend betrachte. Er stellte weitergehende Forderungen auf: vollständige Unterdrückung der privaten Waffenherstellung, Kontrolle der staatlichen Waffenherstellung und des Waffenhandels, Schutz der Personen oder Organisationen, die der Sache des Friedens dienen durch die Aufdeckung von Vergehen gegen die Abrüstungskonvention sowie die Konvention über die Waffenherstellung und den Waffenhandel. Jouhaux steht bei der Verteidigung dieser Thesen nicht allein. Er wird von den Vertretern der Regierungen Spaniens, Dänemarks und der Türkei unterstützt. So ist es der Initiative des dänischen Delegierten zu danken, daß das Komitee beschloß,

einen Fragebogen an die Regierungen zu richten, um die Dokumentation auf dem Gebiete der zur Behandlung stehenden Fragen zu ergänzen.

(Es handelt sich um den vor einigen Tagen von Henderson abgeschickten Fragebogen. Red.) Vergeblich haben sich die französischen, dänischen, spanischen und türkischen Delegierten bemüht, in diesen Fragebogen gewisse ausschlaggebende Fragen über den internationalen Charakter der privaten Rüstungsunternehmen, die Bedeutung

des privaten Waffenhandels, das angelegte Kapital, die Dividenden u. s. w. aufzunehmen. In dem Komitee stehen hauptsächlich Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Japan und Italien in der Opposition. Man darf darüber erstaunt sein, daß Länder wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die sich bei jeder Gelegenheit als Vorkämpfer der Abrüstung aufspielen und den Anschein erwecken, auf gewisse Länder einen Druck auszuüben, um sie zu einer umfangreichen und sofortigen Herabsetzung der Rüstungen (Vorschlag Hoover) zu bewegen, sich unentwegt gegen jegliche internationale Kontrolle sowie gegen die Unterdrückung der privaten Rüstungsherstellung wenden. Was bedeutet diese widersprüchliche Haltung, besonders wenn man bedenkt, daß eines der Argumente gegen die Unterdrückung der privaten Waffenfabrikation dahin lautet, daß sich die Konsumentenländer gegenüber den Produzentenländern in einer ungünstigen Lage befinden und es gerade die nicht benachteiligten Produzentenländer sind, die sich gegen die geforderte Maßnahme wenden? Die Dinge liegen eben so, daß einerseits die Rüstungsindustriellen noch die Möglichkeit haben, diesen Regierungen ihre Meinung aufzuzwingen, und es diese Regierungen andererseits als zweckmäßiger betrachten, ihre Alliierten von morgen auf dem indirekten Wege der privaten Rüstungsindustrie als durch Regierungsorgane Waffen zukommen zu lassen. Diese Tatsache erinnert uns an eine Wahrheit, die vom IGB schon so oft unterstrichen wurde:

Japanische Erklärungen über die Mandchurei.

Der japanische Abgeordnete Matsuo, der Japan vor dem Völkerbund vertreten wird, gab Pariser Pressevertretern ein Interview, in dem er sich zur Lage in der Mandchurei äußerte. Er betonte dabei, daß sich das Verhältnis Japans zu Rußland wesentlich gebessert habe. Rußland habe den Staat Mandschukuo zwar nicht offiziell anerkannt, aber doch einen Konsul hingeschickt, was einer halben Anerkennung gleichkäme.

Auf die Frage, wann die militärischen Operationen in der Mandchurei abgeschlossen sein würden, erklärte Matsuo, er rechne damit, daß die „Ordnung in der Mandchurei“ in den ersten sechs Monaten des kommenden Jahres wiederhergestellt sein würde. Zur Zeit verfüge Japan noch nicht über 50000 Mann an Polizeistreitkräften, nicht genug, um „jenes Räuberparadies zu befrieden“.

Die „Befriedung in der Mandchurei“ wird in erster Linie davon abhängen, daß sich Polizeistreitkräfte finden, die die japanischen Räuber aus dem Paradies vertreiben.

Die englische Note an Amerika.

In der um eine Verschiebung der am 15. Dezember fälligen Rate der englischen Kriegsschulden ersucht wird, ist ein Muster dafür, wie man einfache Dinge kompliziert machen und damit die Bitte um Zahlungsaufschub ihres peinlichen Charakters entkleiden kann. Die Note geht aus von einer Schilderung der Krisenentwicklung seit dem Hoover-Memorandum und kommt dabei auf vielen Umwegen zu dem Ergebnis, daß eine Revision der internationalen Schulden im Interesse der Weltwirtschaft geboten sei und daß zweckmäßiger Weise während der dahingehenden Verhandlungen keine Zahlungen geleistet würden.

Die französische Regierung.

beruft sich in ihrer Note auf Frankreichs Zustimmung zum Hoover-Plan vom Juni 1931 und auf die französischen Zugeständnisse von Lausanne, wo Frankreich die „schwersten Opfer“ übernommen habe, „in der Hoffnung, die zwischen den Völkern bestehenden Ressentiments zu mildern und gleichzeitig zur wirtschaftlichen Gesundung und zur Stärkung des Friedens beizutragen“.

„In diesem Geiste“ schlägt die französische Regierung die Schuldenrevision und — bis dahin — die Aufschlebung der fälligen Zahlungen vor.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie begann am Sonntag morgen in Wien. Wir werden unsere Leser im Zusammenhang darüber unterrichten.

„Solange die private Wirtschaft mit Waffenlieferungen Geld verdienen kann, solange wird Kriegsmaterial fabriziert und für seinen Absatz, d. h. für Krieg, gesorgt werden.“

Für die Arbeiterklasse stellt sich die einzige Frage: sollen wir zu Gunsten der fetten Dividenden der Rüstungsindustrie wieder wie Tiere zur Schlachtbank geführt werden? Darauf gibt es nur eine Antwort:

ein unbedingtes Nein!

Erste Aufgabe ist, gegen die Volksverdummung aufzutreten, die neuerdings dunkle Ehrenmänner in allen Ländern und Klassen betreiben und die nur ein Ziel hat:

durch militärische Abenteuer das Wetttrüben zu fördern.

Gleichzeitig gilt es, mit allen Mitteln die Regierungen zu beeinflussen, um sie sofort zu jenen Handlungen zu zwingen, die allein den Frieden zwischen den Völkern sichern können.

Die Zeit drängt! Die Arbeiter aller Länder müssen auf den ganzen Ernst der gegenwärtigen Lage aufmerksam gemacht werden.

Je größer die Gefahr einer Sabotage der Abrüstung seitens der großen interessierten Mächte wird, um so mehr haben die Arbeiterklasse und die Arbeiterpresse die Pflicht, die Propaganda und die Aktion gegen den Krieg mit allen Mitteln zu fördern!

Der französische Rüstungsplan

wird am Montag im Wortlaut veröffentlicht werden. Herriot hatte am Sonnabend über diesen Plan eine Unterredung mit dem polnischen Botschafter in Paris.

Kriegsminister Paul Boncour sprach bei einem Festessen ehemaliger Kriegsteilnehmer über den Plan, der zum ersten Mal der ganzen Welt zeigte, wozu Frankreich im Interesse der Organisation des Friedens bereit sei. Es sei Frankreichs Verdienst, die Abrüstungsdebatte wieder in Gang gebracht zu haben, nachdem sie schon dem Scheitern nahe gewesen sei und die Aufrüstung gedroht habe.

Der englische Außenminister Simon ist am Sonntag nach Paris abgereist.

Die Kleine Entente in Einheitsfront.

Die Generalstabschefs der Kleinen Entente treffen in diesen Tagen in Belgrad zu einer Konferenz zusammen, auf der sie in erster Linie eine gemeinsame Stellung zur Abrüstungsfrage beschließen wollen. Auch vor der Lausanner Konferenz hatten sich die Regierungen der Kleinen Entente vorher über ihre Haltung den Großmächten gegenüber geeinigt.

Der Verwaltungsrat der BIZ trat am Sonntag in Genf zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz befaßte und in der die Währungs- und Kreditpolitik der Notenbanken grundsätzlich besprochen wurde. Die Sitzung war streng vertraulich.

Am Sonntag abend wurde von einem vorüberfahrenden Kraftwagen aus eine Bombe auf das Hotel de Ville (Rathaus) in Lausanne geschleudert, in dem die Regierungs-, Stadt- und Kommunalbehörden untergebracht sind. Fünf Personen wurden leicht verletzt. Obwohl offen von den Behörden erklärt wird, daß die Untersuchung des Vorfalles noch zu keinem Ergebnis geführt hat, wird von vornherein die Schuld den Kommunisten in die Schuhe geschoben, und die Untersuchung wird allem Anschein nach in diesem Sinne durchgeführt.

Das russische Volkskommissariat für Arbeit hat, zusammen mit anderen Behörden, beschlossen, den Kampf gegen die Unproduktivität des bürokratischen Apparats aufzunehmen. Vom 15. November an sollen im Ganzen 200 000 Angestellte einer Prüfung ihrer Fachkenntnisse unterzogen und je nach dem Ausfall der Prüfung in eine für sie geeignete Arbeitsstelle versetzt werden.

Die GPU hat 208 Personen wegen Spekulation mit Lebensmitteln aus Leningrad ausgewiesen und nach Sibirien verbannt.

A jeder Mensch hat halt ne Sehnsucht!

Am 15. November wird Gerhart Hauptmann 70 Jahre alt. Deshalb werden jetzt überall seine Stücke aufgeführt. In Frankfurt a. M. bringt das Neue Theater „Die Weber“ und das Schauspielhaus „Florian Geyer“.

Die „Weber“-Aufführung ist von einer ausgezeichneten Geschlossenheit und Wucht. Aus dem gedämpften Licht des verhältnismäßig kleinen Bühnenraums treten die Hauptmannschen Gestalten voller Wärme und Menschlichkeit heraus. Und nun entfaltet sich vor dem Zuschauer die Not des schlesischen Webevölkens, wachsend von Akt zu Akt, getragen von der echten Begeisterung der Schauspieler.

Wie brutal werden diese Weber behandelt bei Ablieferung ihrer Arbeit an den Fabrikanten Dreißiger. Er kann es sich leisten bei der hündischen Demut des seit Jahrzehnten gedrückten und ergebenen Webevölkens. Und doch ist die Not in den Weberdörfern Kaschbach, Peterswaldah und Langenbielau ein gefährlicher Zustand. Ein Funke genügt, um die Explosion herbeizuführen. Der instinktive Dreißiger liefert ihn durch seine heuchlerisch „soziale“ Ankündigung, 200 Arbeitslose neu einzustellen gegen entsprechende Lohnkürzung bei den alten Webern. (So was gab es damals auch schon!) Mit einem Schlag wird aus dem knechtischen Webevölk ein Rebellen-schwarm.

Typisch erleben wir diese Umwandlung an dem alten Baumert. Im ersten Akt gehört er noch zu denen, die dem Fabrikanten in Ergebenheit die Auskömmlichkeit des Lohnes bestätigen. Im zweiten Akt wird er unter dem Einfluß Jägers und des packenden Weberliedes zum Aufständischen:

„Ich bin ein braver Mensch gewest mei Lebe lang, und nu seht mich an! Was habn se aus mit gemacht? Dahier, greift amal an, Haut und Knochen. Ihr Schurken all, ihr Satansbrut!“

Bei diesen Worten erhebt sich der alte Ansoerge:

„Und das muß andersher wern, sprech ich, jetzt uf der Stelle. Mir leiden's nimehr, mag kommen, was will.“

Die Flamme der Empörung schlägt in die Masse. Es ist etwas aufgebrochen tief drinnen in ihnen. Der Hausierer Hornig findet dafür die passenden Worte: „A jeder Mensch hat halt ne Sehnsucht!“

Diese durch ein langes Leben der Knechtschaft in den meisten verdeckte Triebkraft offenbart urplötzlich ihre Sprengwirkung. Und so stürmen sie hinaus und schlagen Dreißigers Haus kurz und klein:

„Nimmst du m'r mei Häusl, nehm ich d'r dei Häusl.“

Der fünfte Akt dramatisch schwächer, aber psychologisch sehr aufschlußreich — zeigt dann noch einmal die seelische Entwicklung, die die Weber durchgemacht haben von fromdemütiger Ergebenheit zu fanatisch-rachstüchtiger Rebellion. Da ist der alte Hilsse, der vor all der Schänderei dieser Welt hinausgerollt ist in die Hoffnung auf Jenseits:

„Du hast hier deine Parte — ich driben in jener Welt: das hab ich gedacht. Und ich laß mich vierteeln — ich hab ne Gewißheit. Es ist uns verheißt. Gericht wird gehalten: aber nich mir sein Richter, sondern: meht is die Racha, spricht der Herr, unser Gott.“

Auch in diesem Frommen lebt — alttestamentarisch streng — das Gerechtigkeitsgefühl. Aber ist durch den Kirchenglauben abgelenkt auf Jenseits Hoffnungen. Er bleibt dabei. Doch bei seinen Kindern zerort die Not und das Schießen der Soldaten dies fesselnde Gewebe:

„Sein mir tolle Hunde? Soll'n mir Pulver und Blei fressen stat's Brot? Soll mir mei Weib derschöbn werd'n? Das soll nich geschehn! Ufgepaßt, jetzt komm ich!“

Mit der Art in der Hand stürmt Hilsse's Sohn davon. Andere Hausbewohner folgen. Die Rebellen treiben die Soldaten zum Dorf hinaus. Die Weber haben gestegt — so weit das Stück führt. Doch der Zuschauer weiß: die Soldaten werden mit Verstärkung zurückkommen; die Rebellion wird niederkartätscht werden. Denn Rebellion allein tut es nicht.

Wir wissen es, und doch packt uns dieses wahrhaft revolutionäre Kunstwerk. Der Empörungseifer, der heraufschlägt aus der Seele des Gedemütigten; ertaßt den Zuschauer. Er erlebt hier, daß auch der geprügelte und geschlagene Mensch noch Mensch ist, das heißt: ein Wesen mit Rechtsbewußtsein: „D'r Mensch muß doch a eenziges Mal an Augenblick Luft kriegen!“

So lebenswarm hat der Dichter diesen revolutionären Umwandlungsprozeß gestaltet, daß wir erschüttert vor der Erkenntnis stehen: Was müssen diese Menschen erlitten haben, wie müssen sie getreten worden sein, daß sie so fanatisch-wilde Rebellen geworden sind.

„Ich kann ihm nun einmal seine ‚Weber‘ nicht verzeihen!“ Das war das Urteil Wilhelms II. über Gerhart Hauptmann. Ich kann dem Dichter Hauptmann — so sehr mich seine jetztjährigen Werke enttäuscht haben — diese einzigartige Revolutionsdrama nicht vergessen. Dank dem Neuen Theater für diese schöne Aufführung!

Rebellion allein führt nicht zum Rechtstaat. Sie kann Rache nehmen, kann einzelne Befreiungstaten wie den Bastillesturm zum Siege führen. Aber dann kommt das „Was nun?“ Was soll an die Stelle des Zerstörten-treten, und wer soll die Führung haben?

Diese Fragen hat Hauptmann einige Jahre nach Vollendung der „Weber“ im „Florian Geyer“ behandelt. Das Stück ist als Drama schwach. Das zeigt auch wieder die Aufführung im Frankfurter Schauspielhaus, die dem Werk gerecht wird, wenn sie auch nicht an den Pulschlag und die Begeisterung der „Weber“-Aufführung im Neuen Theater heranreicht.

Wir erleben die Tragik des deutschen Bauernkrieges: Es fehlt die Führung. Es wird gestritten, wo Einigkeit not tut; wird diskutiert, wo Handeln erforderlich; wird gepörscht, wo verbundene Sammlung am Platze ist.

„Man soll keinen Edelmann über uns setzen!“ warnt der Pfaffe Bubenleben. — „We; will halten rein sein Haus, der behält Pfaffen und Mönche draus“, rät der Ritter Geyer.

Internationale der Nationalisten.

Willkürakte im deutschen Paßwesen.

Der „Stahlhelm“ teilt offiziell mit, daß sein Bundesführer Soldte auf Einladung der Königlich italienischen Akademie an einer Tagung dieser Akademie in Rom teilnimmt. — Vor einigen Tagen erst ist deutschen Staatsbürgern die Reise nach Sowjetrußland zur Teilnahme an der Fünfzehnjahresfeier der russischen Revolution verboten worden. Herr Soldte wurde an der Ausreise nicht gehindert, handelt es sich hier doch um die Internationale der Nationalisten.

Judenpogrom in Stargard.

Auf dem Jahrmarkt in Stargard in Pommerellen kam es zu schweren antisemitischen Ausschreitungen, bei denen Verkaufsbuden umgeworfen und Waren gestohlen wurden. Vermutlich waren Nationalsozialisten die Urheber der Ausschreitungen. Die Polizei ging mit Gummiknüppeln und Karabinerkolben vor. Ein Kriminalbeamter verletzte sich selber, als er von seiner Waffe Gebrauch machen wollte, da ihm der Revolver aus der Hand geschlagen wurde und der Schuß ihm in den Fuß ging. Außerdem wurde ein Unbeteiligter durch einen Kolbenhieb so sehr verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Maulkorb für den „Angriff“.

Der fünfte Zivilsenat beim Kammergericht in Berlin erließ eine einstweilige Verfügung gegen den „Angriff“, nach der dem Naziblatt untersagt ist, zu behaupten, der Schriftsteller Dr. Helmuth Klotz, der die Liebesbriefe des homosexuellen Nazi-Hauptmanns Röhm veröffentlicht hat und deshalb von Naziabgeordneten im Reichstage schwer mißhandelt wurde, sei wegen Unterschlagung aus der NSDAP ausgeschlossen worden (Klotz ist aus eigenem Entschluß aus der Partei ausgetreten) und im Irrenhaus interniert gewesen (vielleicht meint der „Angriff“ damit, die Zeit der Zugehörigkeit des Klotz zur NSDAP) und habe die Briefe zum Zwecke der Verleumdung Röhm's gefälscht (damit wird die Echtheit der Briefe gerichtlich noch einmal anerkannt!).

Antisemitischer Studentepöbel dringt durch!

Nachdem der sogenannte „Waffenring“, eine Vereinigung aller schlagenden Verbindungen, ebenfalls gegen den neu ernannten ordentlichen Professor Cohn in Breslau Stellung genommen und von der kommissarischen Regierung dessen Absetzung gefordert hatte, andernfalls er die Demonstrationen gegen Professor Cohn fortsetzen werde, hat der Rektor der Breslauer Universität die Vorlesungen Prof. Cohns eingestellt.

Die österreichischen Heimwehren vor der Einigung.

Als Fürst Starhemberg, der Bundesführer der österreichischen Heimwehren, vor einigen Monaten auf die Lockungen des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß hereinfiel und die Unterstützung des Lausanner Abkommens zusagte, haben sich die Steirischen Heimwehren aus Protest vom Gesamtverband getrennt. Auf einem Jungentreffen der Steirischen Heimwehren erklärte jetzt der Landesführer, daß der Steirische Heimatschutz bereit sei, die Geschlossenheit der Bewegung wiederherzustellen, um den Gesamtverband zu retten. Eine Einsicht, die wir unseren Genossen wünschen!

Hanns Gobsch hat in seinem Roman „Wahn-Europa 1934“, den wir im „Funke“ abgedruckt haben, die Welt gewarnt. Sein Warnungsruf ist jetzt in fast allen Kultursprachen laut geworden. Schon liegen Ausgaben von „Wahn-Europa 1934“ vor in Holland, Dänemark, Finnland, Frankreich, England, Spanien, Amerika und Portugal. Daran sollen sich noch in diesem Winter schwedische, tschechische, serbisch-kroatische und hebräische Ausgaben anschließen. Insgesamt wurde „Wahn-Europa 1934“ schon in 14 Sprachen übersetzt.

Ist Bullerjahn belastet?

Der objektive Beobachter der ersten fünf Prozeßtage im Wiederaufnahmeverfahren von Bullerjahn wird sich die Frage vorlegen müssen: Ist Bullerjahn durch die gegen ihn vorgebrachten Indizien belastet? In seinem außerordentlich interessanten Gutachten hat Professor James Goldschmidt einen großen Teil der im Urteil verwandten Indizien als Gefühlsindizien richtig gewertet. Auch im gegenwärtigen Prozeß haben eine Anzahl von Zeugen Eindrücke bekundet, die zur Tatfrage in keinem Zusammenhang stehen.

Bullerjahn ist durch folgende gefühlsmäßigen Indizien belastet: Er habe, wie übereinstimmend die Zeugen Fischer und Kliehm bekunden, nachdem er wegen der Schrottschiebung an der er ja vollkommen unbeteiligt war, einen Ruffel erhalten hat, „Drohungen“ ausgestoßen. Bullerjahn hat gesagt: „Ich werde es der Firma schon anstreichen“ und hat auch, wie der Zeuge Fischer bekundet, von Zollschiebungen und anderen Manipulationen gesprochen. Der Zeuge Fischer bekundet, daß darüber hinaus auch die geheimen Waffenlager bei dieser Drohung etwa in folgender Formulierung eine Rolle gespielt hätten: „Man hat hier eine Vertrauensstellung und wird wegen einer solchen Lappalie gerüffelt, wo man doch den Franzosen ganz andere Dinge anzeigen könnte.“ Diese Drohungen fallen in die Zeit etwa zwischen dem 21. und 25. November und die Verteidigung hätte eingreifen müssen, als der Senatspräsident Büniger durch seine Art der Befragung glaubte feststellen zu können, daß diese Drohungen Anfang Dezember, also dem Verrat zeitlich näher, ausgestoßen worden sind. Es bleibt nun bei Beurteilung dieses Komplexes die Frage zu prüfen,

ob ein wirklicher Landesverräter wahnwitzig genug sein wird, zuzugestehen seinen Landesverrat zu avisieren, ob er so zum vorgehen wird, eine Anzahl von Belastungszeugen sich zu schaffen. Das darf mit Fug und Recht zunächst einmal verneint werden. Aber was noch wichtiger ist, keiner der befragten Zeugen hat jemals daran gedacht, daß Bullerjahn ernstlich bereit wäre, einen Verrat zu begehen.

Das Reichsgericht hätte gut daran getan, diese gefühlsmäßigen Indizien, die lediglich auf Eindrücken beruhen, jetzt aus der Verhandlung zu beseitigen.

Eine zweite Gruppe von Indizien, die bestimmt schwerer zu werten sind, sind diejenigen, die sich um den Komplex Horstweg bewegen. Hier steht einwandfrei fest, was Bullerjahn wahrheitsgemäß auch zugegeben hat, daß er am 25. Dezember in der Nähe des Horstweges und am 7. Januar im Horstweg selbst gewesen sei. Was den 25. Dezember anbelangt, so haben die Zeugen Langner bekundet, daß der Standpunkt Bullerjahn's so gewesen sei, daß sie den Eindruck hatten, er käme aus dem Horstweg. Bullerjahn's Aussage dagegen spricht davon, daß er vom Polizeipräsidium aus Langners gesehen und ihnen auf dem Sophie Charlotteplatz entgegengegangen ist. Der Treffpunkt, wo Langner und Bullerjahn sich fanden, differiert um 10. bis 12. Meter.

Politische Justiz der Woche.

In der vergangenen Woche (6. bis 12. November) sind insgesamt folgende Strafen wegen politischer Vergehen zu unserer Kenntnis gekommen:

- Gegen Linkstehende:
118 Jahre 10 Monate Freiheitsstrafen, davon 93 Jahre 1 Monat Zuchthaus.
Gegen Nationalsozialisten:
55 Jahre 9 Monate Freiheitsstrafen, davon 51 Jahre 3 Monate Zuchthaus.

Wir können uns nicht denken, daß das Reichsgericht bei der Beurteilung, ob Bullerjahn schuldig oder unschuldig ist, diesen Punkt als ausschlaggebend betrachten wird.

Was nun den 7. Januar anbelangt, so ist dieses belastende Indiz aufgeklärt, da Bullerjahn zugegeben hat, er habe die Absicht gehabt, am 7. Januar zu dem Leutnant Jost zu gehen, um ihn zu bitten, ihm eine Ehrenerklärung zu geben „und wenn es unter Anwendung von Gewalt geschehen müßte“.

Der Zeuge Spallek hat dieses Mal eine vollkommen seinen früheren Angaben widersprechende Aussage gemacht. Nach seiner jetzigen Darstellung sei Bullerjahn zweimal an ihm vorbeigekommen, während er früher nur von dem einmaligen Passieren Bullerjahn's sprach. Das Gericht kann nicht anders als hier der Einlassung des Angeklagten bei dieser widerspruchsvollen Aussage Spallek's (der Senatspräsident Büniger bemerkte selbst zu Spallek „Sie lassen uns im Stich“) zu folgen.

Ein drittes Indiz, welches noch bemerkt werden soll, ist jenes, wofür der Zeuge Pagonstecher „Eindrücke“ lieferte: Bullerjahn habe sich, als er am 6. Januar zu Direktor Hellwig gerufen wurde, auffällig benommen, er habe scharf nach rechts gesehen. Auch dieses Indiz ist ein Gefühlsindiz, welches umstritten ist, weil Bullerjahn übereinstimmend mit dem Zeugen Pagonstecher genau weiß, wo die Kommission zu seiner Linken gearbeitet hat, was er selbstverständlich nicht wissen konnte, wenn er scharf nach rechts gesehen hätte. Das sind in kurzen Zügen die Ergebnisse der ersten Phase des Prozesses, die also selbstverständlich deswegen für Bullerjahn ungünstig sein mußten, weil hier noch einmal auf Seiten des Reichsgerichts der Versuch gemacht wurde, alle Belastungsmomente gegen Bullerjahn zusammenzubringen. Hier sind sie objektiv aufgezählt.

Die Aufzählung können wir nicht ohne eine grundsätzliche Bemerkung schließen! Die Verhandlungsführung bemüht sich gewiß, die Wahrheit zu erforschen. Aber die Verteidigung ist insofern beschränkt, als

immer dann, wenn Zeugen von Eindrücken reden, die für Bullerjahn günstig sind, der Senatspräsident richtig erkennt, daß Eindrücke keine tatsächlichen Unterlagen bilden können. Wenn aber die Zeugen Eindrücke, die für Bullerjahn belastend sind, wiedergeben, dann vergißt der Herr Senatspräsident, sich an diesen fundamentalen Satz zu halten.

Im Interesse der Klärung dieses schwierigen Falles und im Interesse des Rechts, dessen höchster Sachwalter ja das Reichsgericht sein soll, muß gefordert werden, daß alle Eindrücke und Meinungsäußerungen und Werturteile aus der Betrachtung ausgeschaltet werden müssen. Nur dann, wenn man die gefühlsmäßigen Indizien als erledigt betrachtet, wird man ein klares und gerechtes Urteil im Falle Bullerjahn fällen können. Die nächsten Tage, in denen dieser Prozeß durch die Vernehmung des Herrn von Gontard seinen Höhepunkt erhalten wird, werden zeigen, ob das Reichsgericht gewillt ist, diesen Weg zu gehen.

Kurt Grossmann.

Todesopfer der Lübecker Polzeischüsse.

Einer der am Donnerstag anläßlich der polizeilichen Auflösung einer Erwerbslosenkundgebung in Lübeck schwer Verletzten, der Arbeiter Jürgens, ist seinen Verletzungen erlegen.

Granzow, Nazi und Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, hat erklärt, daß die Regierung Rapen ihn enttäuscht habe, weil sie den Ländern in ihrer Finanznot nicht mehr helfe. Er erwartet jetzt Hilfe von — Hindenburg.

BRUNO GLUCHOWSKI
KOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR
(29)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 18

„Denk dir nur, Franz, die Frau Steinberg ist gestorben, und nu sitzt der arme Mann, allein, mit vier Kindern. Ist das nicht schrecklich?“

„Was, schrecklich“, brummt er. „Wir kommen alle mal dran, der eine früher, der andere später. Was ist denn weiter dabei? Wer tot ist, den beißt kein Floh mehr. Komm, Schwager, trink noch eins, wir lassen uns die Stimmung nicht verderben.“

Damit ist die Sache für ihn erledigt. Maxens Redefluß ist versiegt. Er ist zwar hundsmüde, aber solange es noch was zu trinken gibt, denkt er nicht ans Nachhausegehen. Emmi spricht leise mit Hans, und der gibt Günther einen Wink. Bald darauf verabschieden sich beide mit ihren Mädels. Maxe will ihnen noch eine schöne Abschiedsrede halten, bringt aber nichts Gescheites mehr heraus. Frau Kowalski geht nun auch zu Bett. Ihr Mann und ihr Bruder aber trinken weiter, bis sie nicht mehr können. Als sie gegen acht Uhr aufsteht, liegen beide eng umschlungen auf dem Boden und schnarchen. Sie schleppt ihren Mann ins Bett, damit die Kinder ihn nicht betrunken sehen sollen, schiebt Maxe zur Tür heraus. Der torkelt durch das Negordorf, bringt seiner süß schlummernden Gattin ein Ständchen, das nicht besonders gut gelingt. Er klopft und klopft an die Tür, aber das bekannte Bibelwort wird nicht zur Wahrheit, die Tür bleibt verschlossen. Da setzt sich Maxe denn auf die kalte Erde, lehnt sich an die Bretterwand, schläft mit seiner Harmonika im Arm ein.

„Um 10 Uhr Belegschaftsversammlung im Waldschlößchen“, verkünden weiße Zettel an allen Telegraphenmasten und Häusermauern. Dieselbe Parole geht von Mund zu Mund. Schon eine Stunde vor der angesetzten Zeit beleben Kumpels in ihrer Sonntagskleidung den Weg, der am Gutshof der Zeche vorbei zu der Gartenwirtschaft führt. Zusehends füllt sich der

riesige Saal, Stimmengewirr brodet empor, eine dicke Wolke von Tabakqualm und Bierdunst schwebt über den Hunderten von Männern. Da begrüssen sich die Kumpels, die in der Grube zusammen arbeiten, die Nachbarn, die sich meist nur Sonntags sehen, weil sie an den Wochentagen verschiedene Schicht haben, die Kumpels, die auf einem anderen Schacht angelegt sind. Der Betriebsrat erscheint, nimmt auf der Bühne an einem Tische Platz. Voll ist der Saal, die Zuletztgekommenen postieren sich an den Türen und im Vorraum. Ein Mann, schon älter, mit grauen Haaren, einer blauen Brille und an einem Stock gehend, sucht sich durch die den Eingang Versperrenden hindurchzudrängen. Man bemerkt seinen hinkenden Gang, läßt ihn durch. Suchend schaut er nach einem freien Platz, kann aber keinen finden. Eine Stimme schlägt an sein Ohr, an ihr erkennt er den Sprechenden, wenn er sein Gesicht auch nicht sehen kann, weil der ihm den Rücken zudreht. Er schlägt ihm auf die Schulter.

„Tag, Günther.“
Der dreht sich um, schaut den mit der blauen Brille fragend an.

„Na, kennst den Jupp Strugalski nicht mehr?“
„Jupp, Donnerwetter, Tag, bist wieder aus dem Krankenhaus raus?“

Lachend drückt er ihm die Hand, rückt zur Seite, so daß auch Jupp einen Sitzplatz findet.

„Na, Jupp, wie geht's?“

„Aeh, nich besonders. Aus dem Krankenhaus bin ich raus, Gott sei dank. Aber gesund bin ich noch lango nich, werd's auch nie mehr werden. Mit der Zeche is jetzt alle. Werd woll bald Invalide werden.“

„Hm, nicht gerade schön. Und wie geht's zu Hause?“

„Danke, Günther, gut. Na, die Sache mit Weihnachten hast du ja gut gemacht. Hätt heulen können vor lauter Freude, als meine Frau mir das erzählte. Weißt du, is doch verdammt ein großartiges Gefühl, wenn man weiß, daß die Kumpels einen nich im Stich lassen, wenn sie für einen sorgen, wo man es selbst nich mekr kann. Das werd ich dir im Leben nich vergessen.“

„Unsinn, Jupp, ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß man sich gegenseitig hilft, wo man nur helfen kann. Wenn wir uns selbst nicht helfen, wer soll uns dann helfen? Vielleicht der Kapitalist? Der kann sich schwer schonen. Kumpel

sein, heißt nicht nur Kameradschaft unter Tage üben, bei der Arbeit, sondern auch über Tage, überall, wo einer den anderen braucht.“

Ja, ja, hast schon recht. Aber denken nich alle so wie du.“

„Dann müssen wir sie dazu bringen.“

Gebimmel einer Schelle, einige Rufe „Ruhe da“. Das Stimmengewirr ebbt ab, der Vorsitzende der Ausschußmitglieder des Betriebsrates von Zecho Rhenania eröffnet die Versammlung. Robert Zielinski, ein Ausschußmitglied, erhält das Wort. Langsam erhebt er sich von seinem Platz, geht bis dicht an den Rand der Bühne. Er ist ein großer, breitschultriger Schachthauer von ungefähr 45 Jahren, mit stark ausgeprägten Gesichtszügen, grauen Augen unter buschigen Brauen und einem Schnurrbart, der ungepflegt über die Mundwinkel herabhängt. Eine Hand in der Tasche, mit der anderen seine Worte unterstreichend, beginnt er sein Referat. Man weiß, wenn Robert Zielinski spricht, so haben seine Worte Hand und Fuß, ist es kein leeres In-den-Wind-reden. Die Augen auf den Sprechenden gerichtet, mit gespannten Sinnen, horchen an tausend Menschen den Ausführungen ihres Kumpels zu. Sie wissen es, sie fühlen es: der da oben steht, der oben spricht, erst kalt, ruhig, dann immer wärmer, und zuletzt ganz leidenschaftlich werdend, das ist ihr bester Vertreter, das ist der Mann, der sie selbst, ihre Not, ihre Leiden, aber auch ihren Mut und ihren Kampfeswillen verkörpert. Er ist der Mann, auf den sie all ihre Hoffnungen gesetzt haben, der Mann, vor dem die Herren von Rhenania einen heillosen Respekt haben. Aber nun geht's nicht mehr anders: es muß gestreikt werden.

Und so sagt er zum Schluß: Wo ist die Erfüllung all der Versprechungen, die man uns gemacht hat? Nichts von alledem haben wir zu sehen bekommen, und nichts von alledem werden wir in Zukunft zu sehen bekommen, wenn wir es uns selbst nicht nehmen, wenn wir nicht dafür kämpfen bis zum letzten Mann. Das ist die Parole immerdar. Kampf für unsere Rechte, Kampf für unsere Befreiung vom Joche des Kapitals, und nicht eher die Waffen niedergelegt, bis der Sieg errungen ist. Wir stehen vor schweren Kämpfen, Kameraden, aber wir dürfen ihnen nicht aus dem Wege gehen!

(Fortsetzung folgt.)

Nach den Wahlen — der Kampf geht weiter.

M. H. Ueber dieses Thema veranstaltet der ZdA in Berlin zur Zeit gemeinsame Mitgliederversammlungen für mehrere Bezirke, in denen der Gauleiter Gottfurcht spricht. Es ist zu begrüßen, daß hier ein größerer Kreis von Mitgliedern zusammenkommt, um über die Aufgaben der Gewerkschaften zu diskutieren; ebenso wichtig ist es, die Meinung der Verbandsleitung zu hören. Am 9. November schilderte Gottfurcht die Lage als die des „zusammenbrechenden Kapitalismus“; niemand wisse, wann der Zusammenbruch komme, aber jedenfalls solle er uns nicht unvorbereitet finden. (Daß wir diesen Zusammenbruch beschleunigen können und sollen, — davon kein Wort!) Unsere Gegner zwingen uns die Kämpfe auf. Die Gewerkschaften sollen wie bisher im Rahmen der „Eisernen Front“ diese Kämpfe führen, aber — das betonte G. ausdrücklich — doch auch selbständig. Außerdem gälte es, sich am Volksbegehren der SP für Aufhebung des zweiten Teils der September-Notverordnung zu beteiligen. Den Wahlerfolg der KP müsse man anerkennen. G. erwähnte die 100 Abgeordneten der KP, eine bessere Arbeiterpolitik zu machen als bisher. Die „Partischeuklappen“ gelte es abzulegen und statt dessen „sozialistisches Bewußtsein“ zu entwickeln. So schloß die Rede. Eine gewiß richtige Forderung. Leider legte der Redner selber seine Partischeuklappen nicht ab; denn für die SP fand er nur lobende Worte. Die Schreibweise des „Vorwärts“ zum BVG-Streik wagte er zwar nicht zu verteidigen, er hatte aber gleich das entschuldigende Wort „taktische Ungeschicklichkeiten“ dafür bei der Hand. Geradezu grotesk mutete es an, als er im Schlußwort das Streben der KP nach der Parteidiktatur über die Gewerkschaften als das einzige Hindernis einer Einheitsfront bezeichnete und auf einen Zwischenruf hin allen Ernstes bestritt, daß heute die SP die Gewerkschaften beherrscht. „Und die SP-Fraktionen, in denen alles beschlossen wird, was in den Gewerkschaften geschehen soll?“ — Gewiß, daß es die gäbe, sei kein Geheimnis. Aber niemand könne es „Gesinnungsfreunden“ verdenken, wenn sie zusammenkämen! Zu dieser Äußerung muß mit aller Schärfe festgestellt werden, daß z. B. den SAP-

Genossen im ZdA der Ausschluß angedroht wurde für Fraktionsbildung — also für das gleiche angeblich so harmlose Zusammenkommen von Gesinnungsfreunden. Ferner hat G. vor kurzem einmal ausdrücklich geäußert, bei ihm würden im ZdA nur SP-Mitglieder angestellt. Wie sehr die Gewerkschaften auf die Politik der SP Rücksicht nehmen, gab G. selber zu, indem er singend sagte: Solange Braun-Severing in Preußen regiert, mußten die Gewerkschaften darauf Rücksicht nehmen und konnten also keine — oder jedenfalls weniger — Streiks führen.

Leider gaben die KP-Redner ebenfalls ein Musterbeispiel dafür, wie man es nicht machen soll: mit der üblichen KP-Schablone von den Sünden der SP seit 1914 fanden sie kaum bei ihren eigenen Parteigenossen Anklang.

Zur Kennzeichnung der Diskussion: Der BVG-Streik spielte selbstverständlich eine besondere Rolle (auch die meisten SP-Genossen äußerten Unzufriedenheit, ja einzelne Empörung über das Verhalten des Gesamtverbandes). G. verteidigte diesen damit, daß nicht genügend Kollegen der BVG gewerkschaftlich organisiert wären. Die Frage, ob nicht gerade durch eine kraftvolle Beteiligung der Gesamtverbandskollegen dieser Mangel sich hätte beheben lassen, erörterte er nicht! Die Kritik versuchte er lächerlich zu machen: Worüber hätten bloß die Diskussionsredner heute hier sprechen sollen, wenn der BVG-Streik nicht gewesen wäre!

Um den KP-Rednern den Mund zu stopfen, bezeichnete G. es als die Schuld der KP, daß der Spartakusbund sich 1919 nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligt hätte. Dadurch wäre eine sozialistische Mehrheit verhindert worden, und deshalb mußte statt sozialistischer Maßnahmen eine Politik der Kompromisse gemacht werden! Man sieht, wie furchtbar hier „gekämpft“ wurde.

Wann wird der Kampf endlich von den Kollegen gemeinsam gegen die Unternehmer — und nicht mehr gegen einander geführt werden! Wann bleiben die „Partischeuklappen“ endlich draußen?

Die SP ermöglicht Konkordat in Baden!

Die badische SP-Fraktion beschloß, bei der Abstimmung über das Konkordat mit der evangelischen Kirche in Baden sich nur der Stimme zu enthalten. Das bedeutet aber praktisch die Sicherung der Annahme des Konkordats, denn auf Grund der bestehenden Stimmverhältnisse wird dann die Mehrheit auf Seiten der zustimmenden Parteien sein. Wahrscheinlich wird die SP-Fraktion bei der Abstimmung über das Konkordat mit der katholischen Kirche dasselbe Manöver praktizieren, so daß sich die angebliche Konkordatsfeindlichkeit der badischen SP als reines Wahlmanöver erweist. Der Fraktionsbeschuß kam zu Stande, obwohl in einer Mitgliederversammlung der SPD in Karlsruhe mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen wurde, die verlangte, daß die Fraktion gegen die Annahme stimmen sollte. Auch in den Parteizeitungen von Mannheim und Karlsruhe wurde der Beschluß der Fraktion einer scharfen Kritik unterzogen.

Inzwischen hat auch der Verbandsvorstand und Parteiausschuß der SPD, Bezirk Baden, eine Erklärung veröffentlicht, die Haltung der Fraktion entspreche nicht dem Willen der Mehrheit der badischen Parteimitglieder, diese forderten eine Ablehnung des Konkordats, es seien alle statutarischen Mittel versucht worden, um die Fraktion von ihrem parteischädigenden Entschluß abzubringen.

Der Papst und die Faschisten.

Der faschistische ungarische Ministerpräsident Gömbös, der zur Zeit seinem Gesinnungsfreund Mussolini einen Besuch in Rom abstattet, hat diese Gelegenheit auch benutzt, sich vom Papst in Privataudienz empfangen zu lassen.

Zwischen Ungarn und Italien wurde die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern enger gestalten sollte.

Kommunistenverfolgung in China.

Aus Schanghai wird amtlich gemeldet, daß die Polizei eine kommunistische Konferenz entdeckt und 90 führende kommunistische Funktionäre verhaftet habe. Sieben Mitglieder des ZK der KP, darunter zwei Frauen, seien bereits vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und am Sonntag morgen erschossen worden.

2700 Tote in Kuba.

Die Zahl der Toten, die der verheerende Wirbelsturm in Kuba gefordert hat, wird jetzt auf insgesamt 2700 Personen angegeben. In Santa Cruz wurde über die Hälfte der Bevölkerung getötet. Der Sachschaden beläuft sich nach den vorläufigen Schätzungen auf rund 20 Millionen Mark. 40 Prozent der Zuckerernte und für zwei Millionen abgeernteter Zucker sind vernichtet worden. Die Stadt Santa Cruz bietet einen grauenhaften Anblick. Zwischen den Trümmern stehen Soldaten, die rücksichtslos auf jeden Plünderer schießen. Die Leichen der Getöteten sind zu Hunderten aufgeschichtet und werden mit größter Eile in Massengräbern bestattet, damit ansteckende Krankheiten vermieden werden.

Ein Fischer, der nach dem Aussehen von Meer und Himmel das Herannahen des Unwetters erkannte, hat mitten in der Nacht, noch vor Ausbruch des Sturmes, den Oberbefehlshaber der Stadt Santa Cruz gewarnt. So war es möglich, daß noch einige Personen rechtzeitig zur Flucht veranlaßt wurden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8a, Tel.: F 7 Jannowitz 8909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerel und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Wohlfahrtsarbeiter streiken!

In Insterburg in Ostpreußen sind 800 Notstandsarbeiter zur Erkämpfung höherer Unterstützungen in den Streik getreten.

In Essen streiken auf 44 Baustellen die Wohlfahrts- und Pflichtarbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderung ausreichender Winterhilfe. Sie verlangen Kohlen, Kartoffeln, Kleidung und Schuhe, da ihre Bezahlung nicht für die nötigsten Anschaffungen hinreicht; Bezahlung auch der Rogentstunden, Beseitigung der Mißstände auf den Baustellen und Anerkennung ihrer Vertretungen durch die Stadtverwaltung.

In Recklinghausen-Süd streiken 500 Wohlfahrtsarbeiter, um ebenfalls eine Winterbeihilfe zu erkämpfen.

Passive Resistenz in Erkenschwieck und Datteln. Die Wohlfahrtsarbeiter fordern von der Stadtverwaltung warme Winterkleider und Schuhe. Ein Erfolg der passiven Resistenz ist bereits zu verzeichnen: In Erkenschwieck erhielten 1500 Mann und in Datteln 800 Mann Schuhe.

Acht Kilometer Weg zur Stempelstelle! Die Fürsorgeempfänger von Dieskau bei Halle an der Saale sollen jetzt 8 Kilometer nach Halle gehen und dort ihre Unterstützung abholen, widrigenfalls sie von der Ortsgemeinde nur 30 Prozent der Unterstützung ausgezahlt bekommen. Die Erwerbslosen beschlossen jetzt, nicht mehr nach Halle zu gehen, und verlangen, daß am Orte gestempelt und die Unterstützung in voller Höhe ausgezahlt werde.

Lohnraub durch Streik abgewehrt!

Vom 1. November ab sollten der Belegschaft der Betriebswagenwäscherei der Dortmunder Eisenbahn die Akkordlöhne gekürzt werden. Zur Abwehr legten die Arbeiter die Arbeit nieder und erzwangen so nach dreistündigem Streik die Rücknahme des Lohnabbaus.

Der Tod unter der Erde.

Auf einer englischen Kohlengrube (Edge Lane in Lancaster) ereignete sich eine schwere Explosion. 106 Mann waren zur Zeit des Unglücks in der Grube; 72 von ihnen konnten unverletzt gerettet werden, 6 Verwundete und 24 Tote sind bisher festgestellt worden. 4 Mann wurden noch vermißt; die Hoffnung auf ihre Rettung ist so gut wie aufgegeben.

Einsturzkatastrophe in Warschau.

Am Sonntag morgen brach in dem Schuppen eines Warschauer Brauhauses eine zwei Stock hohe Feuermauer ein, die dem Druck der neu eingefüllten großen Gerstenvorräte nicht hatte standhalten können. Die Mauer und einige tausend Zentner Gerste begruben ein kleines hölzernes Mietshaus unter sich, das vollständig zerstört wurde. Achtzehn Menschen kamen ums Leben, vier sind schwer verletzt, zwei werden noch vermißt.

Der „Rote Stern“ ist bis Ende Januar 1933 verboten worden.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwald
Engelsplatz 12.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Sonnenblumen-Öl
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.
5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügel und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Butter
Käse, Eier
Landbrot
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach
ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneiderel
Magdeburg, Jetzt Johannisbergstr. 10 III

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
14. November: Drayfus,
15.-17. November (einschl. Bußtag):
A. Dowschenkos Filmepos **Erde**,
S. M. Eisenstein: „Romanze“,
Anfangszeitens: 18, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Europäer
Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen
unsere Inserenten!

SCHAFFEN
EINHEIT!
GEGEN DEN
FASCHISMUS!
Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiter-
klasse? — Wenn Du schon kein Redner
und Agitator bist, verwende wenigstens
bei jeder Gelegenheit **Klebemarken**
mit dem Einheitszeichen. — Bestelle
die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.
Es kosten bei Voreinsendung des
Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 8,— Mark. — Zu-
sendung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

Sprechapparate
Koffer + Schatullen + Schränke
Schallplatten
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen
Verlangen Sie Angebote!
OTTO PFOTENHAUER
Wolmar, Röhrstraße 40

ISK
GRETE HERMANN:
Gegen den Rüstungswahnsinn!
(Gleichberechtigung u. „Sicherheit“).
N. BLOCK:
Verhalten von Sozialisten vor
Polizei und Gerichten.
7. Jahrgang
November 1932

Für den Befreiungskampf des Proletariats

ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“

Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postcheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Die Wahlen vom Sonntag.

Am Sonntag fanden im Freistaat Lüneburg Bürgerschaftswahlen und im Freistaat Sachsen Gemeindevahlen statt. Wir bringen zunächst eine Tabelle der Stimmzahlen, wobei wir nur die fünf wichtigsten Parteien berücksichtigen und zur Vergleichung die bei der Reichstagswahl am 6. November abgegebenen Stimmen angeben:

	KPD	SPD	Zentrum	DNPV	NSDAP
Freistaat Lüneburg . . .	9 940	30 317	765	3 791	27 681
6. November: . . .	9 894	32 036	964	5 785	31 618
Stadt Dresden . . .	59 780	108 883	6648	20 396	104 107
6. November: . . .	64 515	128 185	7281	26 185	184 838
Stadt Leipzig . . .	98 275	182 871	—	—	101 090
6. November: . . .	100 202	153 898	—	—	128 558
Stadt Chemnitz . . .	47 574	56 630	3739 ¹⁾	11 554	69 538
6. November: . . .	47 695	59 227	3612 ²⁾	13 874	79 768
Stadt Plauen . . .	14 181	7 647	—	6 249 ¹⁾	26 840
6. November: . . .	14 369	10 781	—	5 814 ¹⁾	33 720
Stadt Bautzen . . .	2 843	3 944	912	2 305	5 446
6. November: . . .	3 155	5 008	1233	3 073	7 804
Stadt Zwickau . . .	7 567	10 738	—	8 637	14 233
6. November: . . .	8 222	12 785	—	3 484	20 456

¹⁾ mit DVP
²⁾ mit Staatspartei

Die neue Lüneburger Bürgerschaft

hat folgende Zusammensetzung (in Klammern die Mandatszahlen der alten, im November 1929 gewählten Bürgerschaft):

Kommunisten	9	(7)
Sozialdemokraten	29	(34)
Deutsche Staatspartei	1	(2)
Zentrum	1	(1)
Hanseatischer Volksbund	5	(29)
Haus- und Grundbesitzer	4	(1)
Deutschnationale	4	(—)
Nationalsozialisten	27	(6)

Die neuen Stadtparlamente von Dresden und Leipzig sind folgendermaßen zusammengesetzt:

	Dresden	Leipzig
Kommunisten	13	17
Sozialdemokraten	22	24
Staatspartei	2	1
Zentrum	1	—
Deutschnationale	4	—
Nationale Bürgerliste	—	10
Sonstige bürgerliche Parteien	11	5
Nationalsozialisten	22	18

In Leipzig haben also Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen die absolute Mehrheit.

Wahlen im Saargebiet.

Am Sonntag fanden im Saargebiet Kommunal- und Kreisratswahlen statt.

Das Ergebnis der Stadtratswahl in Saarbrücken (in Klammern das Ergebnis der Wahlen vom 17. November 1929):

Zentrum	10 887	(13 832)
SP	4 930	(8 777)
Deutsch-Saarländische VP	3 934	(8 176)
Wirtschaftspartei	3 659	(5 252)
Deutschnationale	1 479	(2 440)
Komm. Opposition	800	(800)
Nationalsozialisten	5 288	(1 103)

Wie hier, so haben durchweg im Saargebiet die Nazis gegenüber den Wahlen von 1929 am stärksten gewonnen. Gegenüber den Landesratswahlen vom März 1932 ist die Stimmzahl der Nazis stehen geblieben oder hat kleine Rückschläge erfahren. Die starke Zunahme der KP und die starke Abnahme der SP machen sich im ganzen Saargebiet bemerkbar.

Die Wahlbeteiligung lag um etwa 20 Prozent unter der von 1929.

Im Dritten Reich von Oldenburg haben kürzlich Beamtenratswahlen bei der Reichsbahn stattgefunden. Dabei entfielen auf die Nazi-Liste von 2523 Stimmen ganze 13!

Neuer Feme-Fall?

Seit dem 7. November wird der Schlosser und SA-Mann Hentsch aus Dresden vermisst.

Doch wer soll die Bauern führen? Die Frage bleibt ungeklärt. In blinder Kampfesgier berechnen die Bauern das Würzburger Schloß gegen die besetzte Vereinbarung mit Geyer, ohne auf das Eintreten des Geschützes zu warten. So zerstören sie wütend die eigene Kampfkraft.

Aber die Zerrissenheit hat einen tieferen Grund. Die lutherische Lehre von der christlichen Freiheit hat die jahrhundertlang geknechteten aufgeweckt. Doch diese Lehre von der Freiheit blieb unklar. Verwirrend irrlüchert sie in den Gemütern der Bauern. Ungeklärt führt sie zu neuen Dogmen bei Luther selber. Der Rektor Besenmeyer offenbart uns die geistige Wurzel der Zwietracht, die Ungeklärtheit des Zieles:

„Wie fang' ich der Handel so glücklich an und wie fast gewaltig, und wie gehet er gar so kläglich aus! . . . Und dennoch ruf ich: es lebe die ungemästerte, unüberwindliche Wahrheit! . . . Die Vernunft ist aller Wahrheit Urquell, mit aber eine verfluchte Hur, wie sie der Luther genennet. Sie ist alles Glückes Urquell und aller Rechte Urquell.“

Der Rektor steht allein mit seiner Erkenntnis. Unklarheit umnebelt die Gemüter der Aufständischen. Zwietracht zerreißt ihre Reihen.

„Deutschland ist ein gut Land Aber es ist der Zwietracht kein Ende! Die Pfaffen binden es, die Fürsten zerstückeln es. Aber Pfaffen, Fürsten und Fugger und Welser zehren von seinem Mark.“

Erschreckend aktuelle Worte! Aktuell auch die Folgen der Zwietracht unter den Aufständischen: der Sieg der Junker! Mutwillig und gemein schinden sie die gefangenen Bauern:

„Wieviel Türen soll der Edelmann haben, he? Antwort: soviel er will.“

„Wieviel feste Häuser darf der Edelmann haben? — Soviel ihm beliebt.“

Verteufelt zotgemäß schließlich der hündische Schäferhane, den Geyer aus dem Hinterhalt erschleßt, wie es die Schäferhänse unserer Tage mit Führern der Linken getan haben und noch weiter tun möchten!

Reichsrat hat wenig Verständnis für die Reichs-Diktatur.

Am Sonnabend haben die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats getagt. Von der Reichsregierung nahmen nicht nur Herr von Gayl und, da auch Finanzfragen erörtert wurden, der Reichsfinanzminister teil, sondern sogar Herr von Schleicher.

Der erste Erfolg des Papenschen Ankurbelungsprogramms sah in seinen Rückwirkungen auf die Kasse des Reichs so aus: der Reichsfinanzminister rechnet mit einem Ausfall an den Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von etwa 700 bis 800 Millionen Reichsmark, von denen etwa 400 Millionen das Reich, der Rest die Länder treffen.

Die Länder machten ihre Forderungen geltend: Abschlagszahlung des Reiches an die Länder auf die Eisenbahnabfinden. Beteiligung der Länder an den Zuschlägen zur Einkommensteuer und einheitliches Vorgehen des Reiches und der Länder bei der Ergreifung von Sparmaßnahmen.

Gayl sprach über die Pläne, die die Regierung in bezug auf die sogenannte Reichsreform wälzt. Seine Ausführungen scheinen nicht mehr aufschlußreich gewesen zu sein.

Braun stellte in der Aussprache fest, daß von der Reichsregierung noch keine konkreten Entwürfe vorgelegt seien. Auch er bezeichnete den in der Verfassung immer noch „verankerten“ Dualismus zwischen Preußen und dem Reich als einen Mangel. Aber Artikel 48 sei kein geeigneter Weg organisatorische Mängel zu beseitigen. Nachdem der Staatsgerichtshof entschieden habe, sei es einfachstes Gebot der Loyalität, die preußischen Minister wieder in ihr Amt einzusetzen. Dann werde es möglich sein, sich über die Zusam-

Papens Talent zur Isolierung.

Hindenburg hat vor einigen Tagen zwei (geistliche!) Vorsitzende des Reichsverbandes der Katholischen Arbeitervereine Deutschlands nicht empfangen: nach Rücksprache mit dem Reichskanzler sei es ihm nicht möglich, hat er mitteilen lassen. Zur Erklärung dieser Absage erinnern wir daran, daß die westdeutschen Führer der Katholischen Arbeitervereine Mitte Oktober einen sehr scharfen offenen Brief an Papen geschrieben hatten, veranlaßt durch die Erbitterung der Arbeiter über Papens Lohnabbau-Verordnung und Nichtachtung des Tarifrechts. Die „Tägliche Rundschau“ knüpft an Hindenburgs Absage die Feststellung, daß „eine am Besitz interessierte Zwischenschicht“ sich zwischen Reichspräsident und Volk geschoben habe, und fragt: „Wie lange noch wollen Männer in der Regierung den Anspruch erheben, das Schicksal des Volkes in diesen Zeiten zu entscheiden, wenn sie in ihrer Fremdheit gegenüber dem Volke zu einer Zwischenwand werden, ja, gerade zu einer Gefahr schon geworden sind?“

Hindenburg an seinen Wähler Braun.

Der preußische Ministerpräsident ohne Amt, Otto Braun, sandte am 7. November ein längeres Schreiben an Hindenburg, in dem er sich über den Abbau der 140 preußischen Beamten beklagt. Natürlich handelt es sich bei diesem Abbau nur um republikanische Beamte, von denen der Staatsapparat, den man, in stillschweigender Uebereinkunft, nach einer mehr als sechzigjährigen Tradition noch „republikanisch“ nennen pflegt, „gesäubert“ wurde. Hindenburg geht in dem Antwortschreiben an seinen Wähler Braun auf die schweren Vorwürfe nicht weiter ein und erklärt nur lakonisch, das Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig gebe den Reichskommissaren die Befugnis, preußische Beamte zu ernennen, zu befördern oder zur Ruhe zu setzen. Ueber den Vorwurf Brauns, daß diese Befugnisse sich nur auf die Herstellung von Ruhe und Ordnung beziehe, geht Hindenburg glatt hinweg.

Die Bauern werden ungeduldig.

Das Versprechen, den Bauern durch Kontingente zu helfen, verliert seine Wirksamkeit. Die Bauern werden unruhig und verlangen endlich Taten. Der Westfälische Landbund hat an den Reichskanzler telegraphiert: „Die abermalige Vertagung der Entscheidung über die Kontingentierung hat bei der heimischen Landwirtschaft die stärkste Enttäuschung und Erbitterung er-

Die Herren wollen nichts von ihm wissen. Sie nennen ihn den „Bluthund“. Doch sie teilen die Beute und triumphieren: „Der Florian Geyer ist tot!“

Unter Fanfarengetöse fällt der Vorhang. Unklarheit im Ziel, Zwietracht in den eigenen Reihen! Die haben die deutsche Bauernrevolution des Jahres 1525 — und die deutsche „Revolution“ 400 Jahre später! — niedergeschlagen. Das Spiel ist aus. Wann wird es wieder beginnen?

Gerhart Hauptmann hat die Reihe seiner Revolutionsdramen nicht weitergeführt. Den Massen, die heute gegen Hunger und Not kämpfen, ist er fremd.

Die „Weber“ werden in Frankfurt in der hochkultivierten Westendbühne gespielt, in die sich kaum ein Arbeiter hineingetraut. Werden gespielt von einem Publikum von Kleinbürgern und Intellektuellen, die die herrliche Aufführung begeistert beklatschen, — und sich in der Pause darüber unterhalten, „wie unerquicklich“ es sei, wie „weit überholt“, „ganz andere Probleme stehen doch heute zur Debatte!“ Wahrhaftig: dieses Publikum weiß nichts von dem Hunger, der heute für Millionen wiederum das Problem ist.

Als im Jahre 1898 das Oberverwaltungsgericht nach langer Verhandlung die „Weber“ zur öffentlichen Aufführung freigab, hieß es in der Begründung: „Die Plätze im Deutschen Theater sind überwiegend zu teuer, daß dieses Theater vorwiegend von Mitgliedern derjenigen Gesellschaftskreise besucht wird, die nicht zu Gewalttätigkeiten geneigt sind.“

Das war vor 40 Jahren. Und so ist es heute.

Dennoch: wenn das Theater heute — von wenigen Ausnahmen abgesehen — für die große Masse tot ist, so liegt das nicht nur an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Es liegt auch am Theater selber; in Berlin hat z. B. keins der vielen Theater eines der Revolutionsdramen Hauptmanns aufgeführt.

Das Theater wird erst wieder zu einer Macht werden im öffentlichen Leben, wenn es vom Rhythmus des großen Kulturkampfes erfaßt wird, der durch unsere Zeit geht,

menarbeit zu verständigen. Er, Braun, könne nach der bisherigen Behandlung trotz des Leipziger Urteils nicht einmal über einen Blödstift selber verfügen.

Mit fast allen Stimmen wandten sich die Ausschüsse gegen Papens diktatorische Umkämpfung des Reichs und gegen weitere Absichten dieser Art; sie nahmen folgende Entschließung an, die dem Reichsrat in seiner nächsten Vollversammlung vorliegen wird:

„1. Die Maßnahmen des Reiches vom 29. und 30. Oktober 1932 (Uebertragung der preußischen Minister-Funktionen an Reichsminister ohne Portfeuille. Red.) gehen über die Maßnahmen, die auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 getroffen wurden, weit hinaus. Ohne bei diesem Anlaß die Frage der Rechtsbeständigkeit dieser Anordnungen weiter zu berühren, stellt der Reichsrat fest, daß durch diese Maßnahmen eine grundlegende und tiefgreifende Veränderung im bisherigen verfassungsmäßig festgelegten Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preußen, zwischen dem Reich und den Ländern und zwischen den Ländern unter einander herbeigeführt worden ist. Die obersten Reichsorgane haben wiederholt die Zusage gegeben, daß an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern nichts geändert werden soll.“

Der Reichsrat erwartet daher, daß die Reichsregierung im Hinblick auf diese Zusage so rasch wie möglich die zur Behobung der eingetretenen Gleichgewichtsveränderungen erforderlichen Maßnahmen trifft.

2. Bei der großen Bedeutung einer Reichsreform für das Schicksal von Volk und Reich stellt der Reichsrat an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unter Vermeidung überstürzter Maßnahmen und einer übereilten Behandlung die deutschen Länder bei der Gestaltung der Entwürfe noch vor ihrer Verabschiedung im Reichskabinett und vor einer öffentlichen Bekanntgabe maßgebend zu beteiligen.“

regt. . . . Wir müssen in jeder Nichterledigung dieser Frage eine Kampfansage sehen, der wir mit schärfstem Kampf um unser Lebensrecht begegnen werden.“

Auch die Württembergische Landwirtschaftskammer hat sich in der gleichen Sache telegraphisch beim Reichskanzler und dem Reichsernährungsminister beschwert.

Noch zögert die Junker-Regierung, die mit Recht so hart umstrittenen Kontingente einzuführen, und es laufen Gerüchte um, daß an Stelle der Kontingente gleitende Zölle eingeführt werden sollen. Eine Linderung der bäuerlichen Not würde natürlich auch damit nicht erreicht, ganz abgesehen davon, daß gleitende Zölle bei den meisten in Frage kommenden Waren nach den bestehenden Handelsverträgen unzulässig sind.

Kriegsteilnehmer gegen Zusatzstimmen!

Am Sonnabend und Sonntag fand in Königsberg die 21. Konferenz des Reichsbundes der Kriegbeschädigten, der Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen statt. Es handelt sich um die größte Organisation der Kriegsoffer in Deutschland. Um so gewichtiger ist die mit erfreulicher Deutlichkeit erfolgte Zurückweisung der „Verfassungsreform“-Pläne der Reichsregierung. Der erste Bundesvorsitzende erklärte, die deutschen Kriegsteilnehmer wollten nicht mehr Rechte haben, als die anderen Staatsbürger, sondern gleiches Recht. Die Bedeutung der Zusatzstimmen sei auch daraus zu ersehen, daß gleichzeitig die Bestimmungen über die Unterstützungen der Kriegsoffer verschlechtert würden, außerdem wirke es eigenartig, wenn eine Regierung, die dauernd für Abbau des Parlamentarismus Propaganda mache und damit das Stimmrecht überhaupt entwerfe, die Kriegsteilnehmer durch Gewährung von „Zusatzstimmen“ gewinnen wolle.

Auch die Bahnhofslokale der Berliner Stadt-, U- und Fernbahn führen jetzt den „FUNKEN“

Aber es gibt wenigstens noch manchmal Theateraufführungen, die den Geist echter freier Kultur atmen und auch dem Sozialisten Kraft geben können. So die „Weber“-Aufführung im Frankfurter Neuen Theater. Es ist nicht gleichgültig für den proletarischen Freiheitskampf, ob solche Aufführungen noch möglich sind oder nicht. Darum ist es eine Kulturaufgabe der proletarischen Presse, auf sie hinzuweisen, und eine Kulturaufgabe der proletarischen Organisationen, zu ihrem Besuch anzuregen. Denn der Freiheitskampf ist ja auch ein Kulturkampf. Kulturelle Kräfte aber bedürfen ebenso der Pflege wie alle anderen. Und es gibt eine ganze Reihe von Werken der Weltliteratur, die auch für den modernen Proletarier eine gesündere Kost darstellen als die verlogene Kitschromantik der Kinos.

A jeder Mensch hat halt ne Sehnsucht! Es gilt, sie wachzuhalten, zu pflegen und zu stärken, daß sie zur weltumstürzenden Macht werde!

An die christlichen Regierungen aller Länder.

„Es ist zum Beispiel verkehrt, wenn der im Schweiß seines Angesichts Arbeitende hungert und der Faule im Ueberfluß leben darf. Es ist verkehrt, den Mord im Frieden zu bestrafen und den Mord im Kriege zu belohnen. Es ist verkehrt, den Henker zu verachten und selbst, wie es die Soldaten tun, mit einem Menschenabschlachtungsinstrument, wie es der Degen oder der Säbel ist, an der Seite stolz herumzulaufen. Den Henker, der das mit dem Beile täte, würde man zweifelsohne steinigen. Verkehrt ist es dann, die Religion Christi, diese Religion der Duldung, Vergebung und Liebe als Staatsreligion zu haben und dabei ganze Völker zu vollendeten Menschenschlächtern heranzubilden.“

(Aus Gerhart Hauptmanns Drama: „Vor Sonnenaufgang“.)

„Das andere System.“

Heinrich Rittershausen: „Das andere System. Ein Wirtschafts- und Finanzvorschlag in vier Gesetzentwürfen.“ Verlag von Georg Stilke, Berlin. 135 Seiten. 1,50 Mark.

Wenn sich auch bisher in Deutschland die Geldinflation in beschränktem Rahmen gehalten hat, so geht die Inflation in Geldreformprojekten munter weiter.

Welches Chaos herrscht unter den Währungsschriftstellern! Wagemann, dessen neueste Schrift: „Was ist Geld?“ wir hier vor kurzem als propagandistische Vorbereitung der Inflation kennzeichneten, freut sich darüber, daß zu der Anerkennung der Banknoten als gesetzliche Zahlungsmittel nun — wenn auch noch nicht juristisch, so doch tatsächlich — die staatliche Anerkennung der Giroguthaben bei den Großbanken als Zahlungsmittel hinzugetreten ist. Wagemanns Inflations-Kollege Rittershausen dagegen verlangt die Aufhebung des Annahmewanges für Banknoten, und zwar mit der Begründung, — daß dann eine Inflation durch übermäßige Banknotenausgabe nicht möglich sei. Diese Behauptung stimmt sogar: Wenn zu viel Banknoten ausgegeben werden und sie nicht kraft Gesetz zum Nennwert (zu pari) in Zahlung genommen werden müssen, dann werden sie im Kurs fallen. Zehn Mark in Banknoten werden dann weniger wert sein als zehn Mark in Gold. Für die Banknoten wird man dann weniger Waren erhalten. Wenn es gelingt, das Gold dabei als Rechnungseinheit zu erhalten, werden die Preise nicht steigen.

Wenn wir bei Rittershausen nach einzelnen richtigen Behauptungen suchen, so finden wir deren überhaupt viele. Sie machen aber Rittershausens „anderes System“ nicht richtig!

Für Rittershausen beruht die von ihm vertretene „deutsche Wirtschaftspolitik“

1. auf der Ablehnung der Annahmepflicht (für Papiergeld),
2. der Dezentralisation (des Kreditwesens) und
3. der radikalen Ehrlichkeit des Staates gegen seine Bürger (in Währungsangelegenheiten).“ (Seite 7.)

Annahmepflicht, Zentralisation und Unehrlichkeit sind für ihn ein Werk des Antichrist, besser gesagt: des Antideutschen. Wenn wir noch verraten, daß Rittershausen wiederholt von dem „System“ spricht, dem „alten System im nationalen Gewande“ (Seite 3), von der „Gefahr, daß die ganze Bewegung mißbraucht und um ein Linsengericht an die Machthaber von gestern verkauft wird“ (Seite 3), so wissen wir, was Geistes Kind er ist, beziehungsweise neuerdings geworden ist:

Hier meldet sich ein neuer Anwärter auf das Amt des Währungstheoretikers der Nationalsozialisten zum Wort!

Er ist dem bisherigen Inhaber dieses Amtes weit überlegen, und es lohnt daher, seine Schrift zu lesen, vor allem die währungsgeschichtlichen Abschnitte, aus denen wir unseren Lesern einige Proben bieten wollen.

1. Die Annahmepflicht.

Mit Freude zitiert der Verfasser eine vom Freiherrn von Stein unterzeichnete Verordnung vom 29. Oktober 1807, in der der preussische König erklärt: „Indem wir unter dem 1sten Juni dieses Jahres die Annahme der Tresorscheine dem freien Willen der Zahlungsempfänger überließen, konnte es uns nicht verborgen seyn, daß dieses Papiergeld dadurch gleich noch mehr im Course gegen baares Silber-Courant verlieren würde, als es schon in Folge der gehemmten Realisation desselben damals verlor. Wir sahen aber und sehen dies als ein kleines Uebel an, im Verhältnis gegen den

Ein enger Horizont.

Bei Rittershausen finden sich, wie schon dieser kurze Ueberblick zeigt, eine Reihe richtiger Ansatzpunkte. Gefährlich ist allerdings sein Bemühen, so ungefähr alles historische Geschehen aus jenen drei Quellen zu erklären: aus Annahmepflicht für Papiergeld, Zentralisation des Kreditwesens, Unehrlichkeit des Staates auf dem Gebiet der Währung.

Wir lesen bei ihm zum Beispiel: „Zwangskurs und Zentralismus haben aus weiten Teilen Englands eine menschenleere und sogar von Viehzucht entblößte Graslandschaft gemacht...“ (Seite 11.) Als wenn hier nicht ganz anderer Zwang, nämlich die Anwendung politischer Gewalt sehr erheblich „mitgewirkt“ hätte!

Noch eine solche Probe (zu der wir vorweg bemerken müssen, daß „bolschewistisch“ für den Verfasser offenbar

Zur Inflationspraxis.

Was Rittershausen als praktische Maßnahmen vorschlägt, sei hier nur kurz dargestellt:

1. Das Reich soll

Reichskassenscheine ausgeben,

die dadurch „fundiert“ sind, daß mit ihnen Steuern gezahlt werden können. Rittershausens Vorbild war offenbar auch das Vorbild der Papienscheine-Verordnung; wir haben daher jene alte Verordnung vom 5. März 1813 hier kürzlich abgedruckt (in Nr. 265).

2. Das Reich soll die Notenhamsterer veranlassen, Noten im voraus für Steuern einzuzahlen, sich also

Steuerguthaben bei den Finanzkassen

zu schaffen. Diese Anleihe der Notenhamsterer an das Reich soll dem Reich über die jetzigen Schwierigkeiten hinweghelfen und gleichzeitig eine Sicherung gegen die Inflation bieten; die aus den Horten allmählich hervorgeglockten Noten können nicht mehr plötzlich — zum Beispiel bei einer Inflationspanik — den Markt überschwemmen.

3. Auf Grund des weit verbreiteten Irrtums, daß wir in einer „Zeit größten Zahlungsmittelmangels“ leben, fordert Rittershausen die

Förderung des bargeldlosen Verkehrs

durch Schaffung einer Reihe neuer Verrechnungsmöglichkeiten.

4. „Verrechnungsbanken“ sollen

„typisierte Verrechnungsschecks“

Aureiz zur Unredlichkeit, der aus der Möglichkeit entsteht, einem Gläubiger Zahlung nach einem erzwungenen Pari in Papiergeld aufzudringen,

das, bei seiner eingestellten Realisation, gegen Münze verliert.“ (Seite 17/18.)

Nach Ansicht des Verfassers war bis etwa 1900 eine solche „antiinflationistische deutsche Währungspolitik noch Bestandteil des allgemeinen Bewußtseins des Volkes. Die führenden Geldtheoretiker Lexis und Adolf Wagner und die Schöpfer des alten Reichsbank-Gesetzes haben die Annahmepflicht ausdrücklich abgelehnt, um die Inflation zu vermeiden, die man damals eine „Papiergeldwirtschaft“ nannte.“ (Seite 18.)

Schließlich zitiert unser Verfasser noch das Kaiserliche Patent vom 1. Juni 1816, durch das die Oesterreichische Nationalbank gegründet wurde; dort heißt es im Paragraph 1: „Es soll von nun an nie mehr die Anfertigung eines neuen Papiergeldes mit Zwangswert und Zwangsumlauf oder irgend eine Vermehrung des gegenwärtig im Umlauf befindlichen statthaben...“ (Seite 19.)

Eine schöne Versprechung! Aber was hat sie genützt? Die es übertreten haben, sind freilich keine deutschen Staatsmänner. Denn nach dem Sprachgebrauch unseres Verfassers wird ja jeder Deutsche, der etwas tut, was er — der Verfasser — für undeutsch hält, zu einem Nichtdeutschen! Was allerdings nicht hindert, daß diese Nichtdeutschen eine Inflation machen und die Deutschen sie erleiden! In Berlin wie in Wien!

2. Der Kreditzentrismus.

Was Rittershausen gegen den Kreditzentrismus sagt, ist in vieler Beziehung richtig. Nur hat er nichts damit zu tun, daß es in Deutschland, von unwesentlichen Ausnahmen abgesehen, nur eine Notenbank gibt. Beweis dafür ist bereits: Württemberg, das Rittershausen wegen seiner „blühenden gesunden Mittelindustrie“ als Vorbild nennt (Seite 25), liegt in Deutschland!

3. Die Unehrlichkeit.

Vertragsheiligkeit und Vertragstreue sind in der Inflation untergraben worden; die Reichsbank bietet auch heute keineswegs das Höchstmaß an Ehrlichkeit auf (sie hat zum Beispiel den ausländischen Notenbank-Kredit von 620 Millionen Mark in ihren Ausweisen verschleiert); die Gefahr einer neuen Inflation besteht; das alles ist richtig und auch Rittershausens Urteil: Die Inflation werde „nicht im geringsten eine Besserung der Wirtschaftskrise bringen, sondern nur noch größere Entbehrungen, noch weitere Absatzstockung, noch höhere Zollmauern...“ (Seite 37).

Zur Beurteilung der heutigen, mit Unehrlichkeit durchsetzten Lage ist die folgende von Rittershausen vorgenommene Vergleichung wichtig: In Goldmark umgerechnet hatte die Reichsbank im September 1923 nur 153 Millionen Mark oder nur 7 Prozent ihrer Mittel für die Diskontierung von Handelswechseln verwendet, und 1888 Millionen Mark oder 93 Prozent ihrer Mittel dem Reich geliehen. Im Sommer 1932 hatte die Reichsbank von ihren 3,3 Milliarden Mark Krediten etwa 1,5 Milliarden Mark direkt und indirekt („unter Verletzung des Bankgesetzes“) an das Reich, die Länder und die Kommunen geliehen; etwa 1 Milliarde Mark hatte sie an festgefahrene Finanzkonzerne langfristig gegeben, und nur etwa 0,8 Milliarden Mark oder 21 Prozent ihrer Mittel hatte sie „den Bestimmungen ihres Gesetzes entsprechend als echten Umsatzkredit der Wirtschaft zur Verfügung gestellt“ (Seite 39 bis 40). Rittershausens Kampf gegen Unehrlichkeit, wer von uns billig ist nicht?

der Inbegriff alles Bekämpfens- und Verabscheuenswerten ist); „Der Verfasser dieser Denkschrift erblickt in dem Kreditzentrismus mit dem Konzernwesen als seiner natürlichen Konsequenz gewissermaßen das bolschewistische Ungerueher, das die Existenz unseres Landes bedroht... Nach seiner Ueberzeugung wird die Frage Stadt oder Land, nationale Selbständigkeit gegenüber den internationalen Finanzmächten oder Balkanisierung Deutschlands, blühende gesunde Mittelindustrie nach dem Vorbilde Württembergs oder industrielles Friedhofsleben, Sein oder Nichtsein mit dem Kampf um den Zentralismus entschieden.“ (Seite 24/25.)

Diese maßlose Uebertreibung infolge der Einseitigkeit seines Gesichtspunktes macht den Verfasser geradezu blind gegenüber der Wirklichkeit. Das bleibt natürlich nicht ohne Wirkungen auf seine wirtschaftspolitischen Vorschläge.

(auf bestimmte runde Beträge lautende Schecks) ausgeben, mit denen auch Lohn gezahlt werden kann. Außerdem fordert Rittershausen die

„Verselbständigung der Agrarbanken auch in der Zahlungsmittelbeschaffung“ (Seite 87).

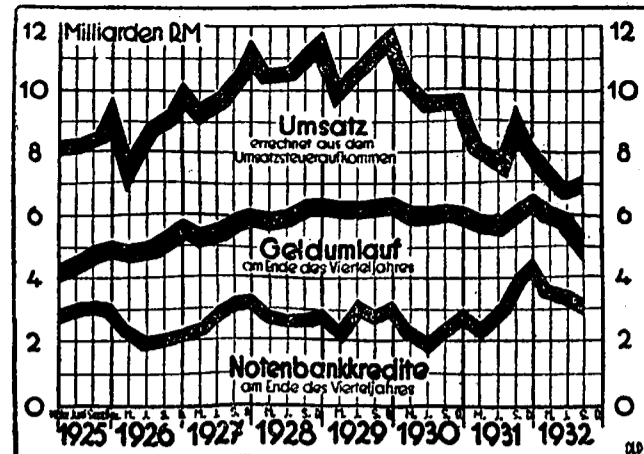
Zu all diesen schönen Einrichtungen und Maßnahmen bemüht sich Rittershausen, eine theoretische Begründung zu liefern, und liefert sie wohl für die meisten seiner Leser bereits durch den Hinweis auf die preußischen Traditionen. Durch jene Maßnahmen sollen „Geldmonopol“ und „Zinsknechtschaft“ gebrochen werden. Der Leser weiß, wohin der Hase läuft! Schade, daß ein theoretisch nicht ungeschulter Nationalökonom dorthin läuft, wo man ohne Verstand und nur mit dem Gefühl Nationalökonomie betreibt.

Rittershausen will uns, kurz gesagt, ein Währungschaos beschreiben, in dem durchzufinden für alle schwer sein wird, auch wenn nach Rittershausen das Gold „in seiner Eigenschaft als Wertmaß“ beibehalten werden soll (Seite 103).

Für Ehrlichkeit im Wirtschaftsleben, für Dezentralisierung des Kredits sind auch wir. Wir sind weder für eine zentralisierte Inflation, also einen zentralisierten Betrug, wie wir ihn in Deutschland im Kriege und nach dem Kriege erlebt haben, noch aber für eine dezentralisierte Inflation! Wir danken für diese wie für manche anderen preußisch-deutschen Traditionen!

Hellmut Rauschenplat.

Umsatz und Geldumlauf.



Seit 1929 sinken in Deutschland die Umsätze. Erst seit der Jahreswende 1931/32 sinkt die umlaufende Geldmenge, mit deren Hilfe diese Umsätze unmittelbar oder mittelbar bewirkt werden. Ein früherer Ansatz zum Schrumpfen der Geldmenge ist, wie die mittlere Kurve unseres Bildes zeigt, durch die Kreditkrise vom Sommer 1931 rasch vernichtet worden. In der zweiten Hälfte 1932 stieg der Geldumlauf wieder auf die Höhe der Jahre 1928 und 1929 mit ihren weit größeren Umsätzen. Erst 1932 fiel die umlaufende Geldmenge erheblich, teils gleichzeitig mit einem saisonmäßigen Steigen der Umsätze. Heute sind etwa ein Fünftel Noten weniger im Umlauf als im Sommer vorigen Jahres. Die gehorteten Notenbestände sind gelichtet, teils infolge einer gewissen Rückkehr des Vertrauens, teils, vielleicht zum größeren Teil, unter dem Druck der Not.

Die Kurve der Notenbankkredite steigt während des Jahres 1931 steil an: An der Stelle von Gold und Devisen (die damals bekanntlich in großen Mengen von der Reichsbank gegen Banknoten verkauft wurden) wurden Kredite in wachsendem Umfang zur Grundlage für den Geldumlauf. Daß diese Kredite zu einem sehr erheblichen Teil langfristig sind, haben wir schon mehrfach hervorgehoben. Der Rückgang der Kredite während des laufenden Jahres wird wohl nur zu einem Teil auf dem allmählichen Abbau langfristiger Kredite, zu einem erheblichen Teil aber auf einer Schrumpfung der kurzfristigen Umsatzkredite beruhen.

Die anormale Verlangsamung des Geldumlaufs wird klar, wenn man aus dem Bild abliest: Während der vierteljährliche Umsatz von 12 auf 7 Milliarden Mark sank, sank die umlaufende Geldmenge nur von 6 auf 5 Milliarden Mark.

H. H.

ARGENTINIEN

Außenhandel während der ersten neun Monate in Goldpesos:

	Ausfuhr	Einfuhr
erste 9 Monate 1931:	456 350 000	276 101 000
erste 9 Monate 1932:	475 245 000	414 969 000

Der Rückgang der Einfuhr um 88,5 Prozent ist in erster Linie auf die Ende vorigen Jahres erfolgten Zollerhöhungen, außerdem aber auch auf den niedrigen Kursstand des Pesos und die Schwierigkeiten der Devisenbeschaffung zurückzuführen. (1 Goldpeso ist gleich 2,272 Papierpesos.)

Patriotische Anleihe: Obwohl von den bisher ausgegebenen 3 Serien der Patriotischen Anleihe zu je 100 Millionen Pesos vom Publikum nur etwas mehr als die Hälfte gezeichnet wurde, beschloß das Finanzministerium die Ausgabe einer vierten Serie in Höhe von 50 Millionen Papierpesos. Da diese Ausgabe nicht zur Befriedigung von Zeichnern dienen kann, kann sie nur zur Rediskontierung bei der Konversionskasse bestimmt sein. Diese Rediskontierung kann nach dem Gesetz über die Patriotische Anleihe zu 85 Prozent erfolgen. — Die Inflation wird also fortgesetzt.

DEUTSCHLAND

Industrielle Produktion steigt: Die vom Institut für Konjunkturforschung unter Ausschaltung von Saisonschwankungen errechnete Indexziffer der industriellen Produktion liegt für September etwas über der für August. Die folgende Zifferreihe veranschaulicht die Entwicklung von Januar bis September: 55,2, 57,5, 56,3, 54,1, 58,0, 54,7, 52,3, 51,8, 58,7. Die Indexziffer für September zeigt gegenüber der für August eine Steigerung um 1,9. Den Papenheimern, die daraufhin eine Belegung der Konjunktur in die Welt posauen, sei die Frage vorgelegt: Warum blieben die Posauen stumm, als die (von Saisonschwankungen bereinigte) Indexziffer im Februar um 2,2, im Mai sogar um 3,9 Punkte stieg?

Umsatzrückgang im Herrenkleider-Einzelhandel: Die Umsätze sind im September gegenüber dem September 1931 im Reichsdurchschnitt um rund 31 Prozent zurückgegangen.

Eine kleine Exportprämie in Aussicht: Vom 1. Dezember ab wird 0,5 Prozent Umsatzsteuer bei der Warenausfuhr zurück vergütet werden. — Hoffentlich geht es nun nicht weiter bergab auf der Rutschbahn der Exportprämien!

Erhöhte Subvention an die Deutsche Werke AG., Kiel: Im Haushaltsplan für 1931 war der Zuschuß aus öffentlichen Mitteln für dieses reichseigene Werkunternehmen auf 2 Millionen Mark festgesetzt worden. Im Haushaltsplan 1932 auf 1,75 Millionen Mark. Der Reichstag hatte seinerzeit den höchstzulässigen Zuschuß durch Beschluß auf 2,5 Millionen Mark festgesetzt. Für den Haushaltsplan 1933 fordert die Gesellschaft die gesetzlich zulässige Höchstsumme von 2,5 Millionen Mark. Begründung unter anderem: „Die modernen Anlagen“ sollen auch 1933 „weiterhin auf der Höhe gehalten werden“. — Wozu eigentlich?

Aus der Konkursmasse der „Wirtschaftsführer“ Lahnhausen (Nordwolle-Konzern) erhalten die nicht bevorrechtigten Gläubiger im Dezember als erste Rate 4 Prozent ihrer Forderungen.

USA

Rohstahlgewinnung steigt weiter: Die Oktober-Produktion erreichte zwar mit 1 070 000 Tonnen kaum die Hälfte der Vorjahresproduktion im Oktober (2 210 000 Tonnen). Sie liegt aber um 35 Prozent über der vom Juli, während im Vorjahr die Produktion von Juli bis Oktober nur um 18 Prozent zunahm.

Flugverkehr steigt: Die United Airo Lines beförderten während der ersten neun Monate 1932 rund 89 Prozent mehr Fluggäste als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Transcontinental and Western Air Lines melden für den gleichen Zeitraum eine Zunahme von 90 Prozent.